

sächsischen Kammer laut geworden bei günstiger Finanzlage unseres Landes; allein es hat keinen Anklang gefunden. Ich kann nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß die Chausseegeldfrage in einer Gestalt an uns herantritt, welche diese Härten noch vermehrt. Ich hätte geglaubt, wenn nicht ein gänzlicher Wegfall stattfinden könnte, wenn man namentlich nicht eine gerechtere Vertheilung der Abgabe vornehmen könnte, so hätte man füglich die ganze Frage bei Seite lassen sollen. Ich muß mich aber entschieden gegen eine höhere Besteuerung ebenso wohl, als gegen die so kostspielige und für unsere Verhältnisse unpraktische Veränderung der Radselgen verwahren. Meine Herren! Sie werden es begreiflich finden, wenn ich Ihnen sage, daß ich, ohne die Gunst einer nahen Chaussee zu haben, jährlich 40 Thlr. Wegegelde zahle, weil ich keinen Bahnhof habe, wo ich mit Vortheil meine Producte verfrachten kann. Meine Abneigung gipfelt aber nicht in der Abgabe selbst, sondern nur in der ungleichen und ungerechten Vertheilung derselben; denn während ein Theil der Bevölkerung durch vom Staate erbaute Eisenbahnen von diesen einseitigen Abgaben völlig befreit ist, muß ein anderer Theil, der diese Wohlthaten nicht genießt, sie fort und fort tragen, ja sogar in einem größeren Maße, als bisher; meine Herren, das ist nicht gerecht. — Ich kann daher, vorbehaltlich eines zu meinen ausgesprochenen Ansichten günstigeren Antrages, nur dem Vorschlage der Deputation zustimmen und nicht für eine Erhöhung sprechen.

Abg. Lange: Ich habe um das Wort gebeten, nachdem Herr Abg. Jungnickel gesprochen hatte, um eine Auffassung zu klären, die mir unrichtig zu sein scheint. Ich erkenne vollständig die Schwierigkeiten unserer finanziellen Lage; allein, meine Herren, es handelt sich ja keineswegs bei der vorliegenden Frage darum, der Bevölkerung irgend welche neue Lasten aufzubürden. Es wird auch Niemandem einfallen, der Verwaltung diejenigen Mittelentziehen zu wollen, die zum Unterhalte der Chausseen nothwendig sind; wie das bisher geschehen ist, so werden sie auch in der Folge unterhalten werden müssen. — Die Anträge, soweit sie vorliegen, gehen keineswegs dahin und haben es etwa in ihrer Folge, neue Lasten aufzubürden, sondern vielmehr, die Härte, die in der Art der Befriedigung des Bedürfnisses und der Aufbringung liegt, zu mildern und eine gerechtere Weise und einen gerechteren Modus dafür zu finden. Ich glaube, daß im Allgemeinen Alle damit einverstanden sind, daß bei der jetzigen Art zu verfahren für den Verkehr eine große Belästigung und andererseits eine sehr ungerechte Vertheilung der Last stattfindet. — Der Kern der Sache und der Anträge geht sonach dahin, eine bessere und gerechtere Art dafür aufzufinden, und wenn gleichzeitig die Anträge dahin gehen, für jetzt die ganze Angelegenheit zurückzustellen bis zur

Erörterung des Budgets, nun, da liegt im Allgemeinen wohl der Rückgedanke vor, daß möglicherweise unsere Lage doch nicht so schlecht ist, daß wir nicht überhaupt die ganze Einnahme fallen lassen könnten. — Aber die zweite Frage wird sein: ob das möglich ist oder nicht? und dann wird eine weitere Frage an uns herantreten: ob nicht eine andere Art, ein anderer Modus zu finden ist, diese Summe, die wir nicht entbehren können, die wir aufbringen müßten, auf eine andere gerechtere und billigere Weise zu erheben? Ob der Vorschlag, der seitens des geehrten Abg. Eule gemacht worden ist: dieses Aufbringen durch eine Besteuerung der Pferdebesitzer zu bewerkstelligen, das Beste ist, das ist freilich noch ungewiß. Aber es ist ja doch zunächst die Zeit abzuwarten, wo wir darüber klar sein können, ob die Deputation oder Abgeordnete unter uns bessere Vorschläge zu machen im Stande seien. Ich glaube also, daß wir im Ganzen gar nicht so verschiedene Standpunkte einnehmen; es scheint allgemein anerkannt zu sein, daß eine Ungerechtigkeit und Härte, große Beschwerden und große Hindernisse für den Verkehr in der jetzigen Art, die Mittel für den Chausseeunterhalt aufzubringen, vorliegen. Lassen wir jetzt die Sache ruhen, bis wir darüber klar sein können. Aufgebracht müssen sie werden. Eine neue Belastung, die man befürchtet oder doch anzunehmen schien, liegt positiv ganz und gar nicht vor. Wir haben es aufgebracht und werden es in der Folge aufbringen müssen. Aber daran zu zweifeln, daß es uns gelingen könnte oder der Deputation, einen besseren Modus zu finden, das ist nicht gerechtfertigt. Ich habe vielmehr die Hoffnung, daß statt einer Erhöhung der Lasten eine Minderung derselben eintreten wird; denn wir müssen ja jetzt nicht allein den Unterhalt aufbringen, sondern auch die bedeutenden Kosten, die die Erhebung verursacht, wie schon der Abg. Eule angedeutet hat. Anderntheils kommt noch in Betracht, daß wir nicht nur ein großes Staatsvermögen haben in Bezug auf die Chausseehäuser, was sehr vortheilhaft vielleicht verwerthet werden könnte; aber das ist es nicht allein, wir haben nicht nur ein großes Kapital darin niedergelegt, sondern vor allen Dingen: wir müssen auch die Baulichkeiten unterhalten und diese Kosten werden nicht sehr unerheblich sein, im Gegentheil, sie machen große Posten aus, wir müssen auch Steuern dafür zahlen u. s. w. Wenn also der Vorschlag, der von verschiedener Seite gemacht worden ist, das Chausseegeld aufzuheben, angenommen wird, so kann unstreitig für die Bevölkerung durchaus keine Belästigung oder Vermehrung der Lasten eintreten; es muß positiv ein Kleingewinn eintreten und wird derselbe nothwendig für den Unterhalt der Chausseen verwendet werden. Eine Erleichterung der Lasten könnte daraus hervorgehen; denn Etwas wird in Wegfall kommen, das ist die Besoldung und die Kosten für die Erhebung, ferner die Zinsen des Kapitals, das angelegt ist in den Chausseehäusern, und die Kosten, welche